

Unter dem Datum vom 24.08.2015 hat die Stadtverwaltung Braunschweig mitgeteilt, dass das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) die Stadt um eine Stellungnahme gebeten hat. Dabei geht es um einen Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen für das Erlaubnisfeld Borsum.

Zu dem Vorgang nimmt Ratsfrau Nicole Palm, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, wie folgt Stellung:

Bei dem jetzt beantragten Verfahren der „Aufsuchung“ handelt es sich um eine Voruntersuchung, in deren Rahmen die ausführende Firma in einem abgegrenzten Bereich („Claim“) Probebohrungen durchführen darf. Es ist anzunehmen, dass bei einem Fund auch das umstrittene Fracking-Verfahren zur unkonventionellen Gewinnung von Erdgas zum Einsatz kommen wird. Daher lehnt die SPD-Fraktion bereits die Erteilung einer Erlaubnis zur Aufsuchung ab.

Das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) hat gerade erst im Juli 2015 eine landesweite Untersuchung aller Bereiche, in denen bisher Fracking als Fördermethode angewendet wurde, gestartet. Dabei sollen mögliche Belastungen durch Schwermetalle, unterschiedliche Kohlenwasserstoffe, Dioxine und Furane festgestellt werden. Hintergrund ist, dass bei einer statistischen Auswertung von Krebsneuerkrankungen durch das Epidemiologische Krebskataster Niedersachsen (EKN) in einem Fördergebiet erhöhte Werte festgestellt wurden.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an die SPD-Fraktionsgeschäftsstelle unter Telefon 0531 470-3121 oder E-Mail spd.fraktion@braunschweig.de!